



Amtsgericht Bad Oeynhausen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Freitag, 10.01.2025, 10:00 Uhr,

1. Etage, Sitzungssaal 16, Bismarckstr. 12, 32545 Bad Oeynhausen

folgender Grundbesitz:

Wohnungsgrundbuch von Bad Oeynhausen, Blatt 2876,

BV lfd. Nr. 1

75/1.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bad Oeynhausen, Flur 15, Flurstück 674, Gebäude- und Freifläche, Schulstraße 19A, 19B, Größe: 1.780 m² verbunden mit Sondereigentum an der Wohnung im Dachgeschoss Mitte, Nr. 11 des Aufteilungsplan mit Kellerraum und Abstellraum.

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um eine ca. 79 qm große 2- Zimmer Eigentumswohnung im Dachgeschoss. Eine Innenbesichtigung durch die Gutachterin konnte nicht erfolgen. Es ist ein Kellerraum zugewiesen, ein Wasch- und Fahrradkeller steht zur gemeinschaftlichen Nutzung zur Verfügung.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 03.11.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

93.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht

spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.